

Grüne Reihe

6

Steuerrecht für Studium und Praxis

Jäger · Lang

Raible · Ott

Körperschaft- steuer

20. Auflage

Grüne Reihe

Band 6

Körperschaft- steuer

Von

Dipl.-Finanzwirtin (FH) Birgit Jäger,
Dipl.-Finanzwirt (FH) Friedbert Lang,
Martin Raible, LL. B.,
Sarah Ott, LL. B.

20. Auflage

2022

Herausgeber:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft

efv Erich Fleischer Verlag, Achim

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet abrufbar.

ISBN 978-3-8168-1460-3

© 2022 Erich Fleischer Verlag, Achim.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung, Mikroverfilmung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Gesamtherstellung: iBK Druck & Service, Scheeßel

Vorwort zur 20. Auflage

Liebe Leserinnen und Leser,

„... das Rad bleibt nicht stehen“ so, oder so ähnlich könnte man die letzten Jahre im Bereich des Körperschaftsteuerrechts bezeichnen. Die Rechtsprechung als auch der Gesetzgeber sorgen immer wieder für viel Veränderung im Steuerrecht. Exemplarisch kann man sich die Auswirkungen hiervon beim § 8 c KStG anschauen: So hat das BVerfG in dem Beschluss vom 29.03.2017 den § 8 c Abs. 1 Satz 1 KStG a. F. als verfassungswidrig erklärt, der Gesetzgeber hat anschließend diesen Satz 1 a. F. gestrichen, aber zusätzlich einen neuen § 8 d KStG eingeführt, bevor dann schlussendlich der EuGH mit Urteil vom 28.06.2018 die Wiedereinführung der sog. Sanierungsklausel (§ 8 c Abs. 1 a KStG) ermöglicht hatte.

Auch das jüngst verabschiedete Körperschaftsteuer-Modernisierungsgesetz (KöMoG) bringt einige wichtige und praxisrelevante Neuerungen mit sich. Der wohl prägendste und bekannteste Aspekt hieraus ist das sog. Optionsmodell nach § 1 a KStG, bei dem nunmehr Personenhandelsgesellschaften auf Antrag zur Körperschaftsteuer optieren können.

Damit Sie bei all den Veränderungen einen Überblick bewahren, bildet der Band „Körperschaftsteuer“ sämtliche Facetten des Körperschaftsteuerrechts und darüber hinaus ergänzende Themengebiete ab (bspw. das Umwandlungssteuerrecht). Die relevanten Anpassungen der letzten Jahre aus Rechtsprechung, Änderungsgesetzen und Verwaltungsanweisungen haben wir in diese aktualisierte Auflage eingearbeitet. Wichtige Änderungsgesetze waren hierbei neben den jeweiligen Jahressteuergesetzen insbesondere das Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften, das Gesetz gegen schädliche Steuerpraktiken, das Brexit-Steuerbegleitgesetz, die Corona-Steuerhilfegesetze I – III, das ATAD-Umsetzungsgesetz, das Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz und das Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts (KöMoG).

Die aktuelle Auflage soll Ihnen – in gewohnter Art und Weise – als Lehrbuch im Studium aber auch als Ratgeber für die Praxis zur Verfügung stehen.

Aber nicht nur die Rechtsmaterie unterliegt der Veränderung, diesmal auch das Autoren-Team. Mit dieser Ausgabe haben wir, Frau Ott und Herr Raible, die Bearbeitung dieses Bands übernommen und konnten die Kapitel hälftig untereinander aufteilen. Wir freuen uns, den Band „Körperschaftsteuer“ mit all seinen Facetten fortsetzen zu dürfen. Für die vertrauensvolle Übergabe möchten wir unseren Vorautoren Frau Jäger, Herrn Lang und Herrn Künze sowie dem Erich Fleischer Verlag recht herzlich danken.

Zu guter Letzt wünschen wir Ihnen einen guten Einstieg in die Lektüre bzw. in das Körperschaftsteuerrecht. Sofern Sie Anregungen und Kritik haben, sind wir jederzeit über Ihr Feedback dankbar.

Ulm / Karlsruhe, November 2021

Sarah Ott, Martin Raible

Rechtsgrundlagen:

- KStG** i. d. F. der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2002 (BGBl I S. 4144, BStBl I S. 1169), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Umsetzung der Anti-Steuervermeidungsrichtlinie (ATAD-Umsetzungsgesetz – ATADUmsG) vom 25.06.2021, BGBl I S. 2035, das Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrechts (KöMoG), BGBl I S. 2050 und das Gesetz zur Abwehr von Steuervermeidung und unfairem Steuerwettbewerb und zur Änderung weiterer Gesetze, BGBl I S. 2056
- KStDV** i. d. F. der Bekanntmachung vom 22. Februar 1996 (BGBl I S. 365, BStBl I S. 191), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen vom 01.04.2015, BGBl I S. 434
- KStR 2015** vom 06.04.2016 (BStBl I Sondernummer 1/2016) mit Hinweisen 2015 (**KSrH 2015**)

1	Einführung	33
1.1	Geschichtliche Entwicklung des Körperschaftsteuerrechts und Wesen der Körperschaftsteuer	33
1.2	Belastungsvergleiche und Rechtsformüberlegungen	44
2	Steuerpflicht	51
2.1	Anwendungsbereich des KStG und Abgrenzung gegenüber dem EStG	51
2.1.1	Allgemeines	51
2.1.2	Option zur Körperschaftbesteuerung (§ 1 a KStG)	53
2.1.2.1	Persönlicher Anwendungsbereich	53
2.1.2.2	Antrag	53
2.1.2.3	Rechtsfolgen	54
2.1.2.4	Rückoption	56
2.1.3	Abgrenzung der Körperschaftsteuerpflicht nach § 3 KStG	57
2.2	Die unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht	59
2.2.1	Grundsätzliches	59
2.2.2	Die Voraussetzungen der unbeschränkten Steuerpflicht	59
2.3	Die unbeschränkt steuerpflichtigen Steuersubjekte	60
2.3.1	Allgemeines	60
2.3.2	Aktiengesellschaften (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG)	62
2.3.3	Kommanditgesellschaften auf Aktien (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG)	63
2.3.4	Gesellschaften mit beschränkter Haftung (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG)	64
2.3.5	Kapitalverwaltungsgesellschaft	66
2.3.6	Europäische Aktiengesellschaft – SE (Societas Europaea) (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG)	68
2.3.7	REIT (Real Estate Investment Trust)	71
2.3.8	Gesellschaften ausländischen Rechts	72
2.3.8.1	Allgemeines	72
2.3.8.2	Private Company Limited by Shares	73
2.3.8.3	Limited Liability Company	74
2.3.9	Wirtschaftliche Zusammenschlüsse	75
2.3.9.1	Verbundene Unternehmen – Konzerne	75
2.3.9.2	Organschaft	75
2.3.9.3	Schachtelbeteiligung	76
2.3.9.4	Kartelle und Syndikate	76
2.3.9.5	Lose Unternehmenszusammenschlüsse	76
2.3.10	Genossenschaften (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 KStG)	77
2.3.11	Europäische Genossenschaft (SCE) (§ 1 Abs. 1 Nr. 2 KStG)	80
2.3.12	Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 KStG)	81
2.3.13	Sonstige juristische Personen des privaten Rechts (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 KStG)	82

Inhaltsverzeichnis

2.3.14	Nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen des privaten Rechts (§ 1 Abs. 1 Nr. 5 KStG)	84
2.3.15	Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts (§ 1 Abs. 1 Nr. 6, § 4 KStG)	86
2.3.15.1	Allgemeines	86
2.3.15.2	Ausübung der öffentlichen Gewalt (Hoheitsbetrieb)	88
2.3.15.3	Rechtsformen kommunaler Unternehmen	92
2.3.15.4	Die Einrichtung i. S. des § 4 Abs. 1 KStG	94
2.3.15.5	Nachhaltige wirtschaftliche Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen	95
2.3.15.6	Das Merkmal des wirtschaftlichen Heraushebens (Gewichtigkeit) .	96
2.3.15.7	Beispiele für Betriebe gewerblicher Art	97
2.3.15.8	Vereinfachtes Prüfungsschema zum Vorliegen eines Betriebs gewerblicher Art.	99
2.3.15.9	Juristische Personen des öffentlichen Rechts als Betriebe gewerblicher Art (§ 4 Abs. 2 KStG)	99
2.3.15.10	Versorgungs- und Verkehrsbetriebe (§ 4 Abs. 3 KStG)	100
2.3.15.11	Die Verpachtung eines Betriebs gewerblicher Art (§ 4 Abs. 4 KStG)	100
2.3.15.12	Beteiligung einer juristischen Person des öffentlichen Rechts an einer Kapitalgesellschaft	101
2.3.15.13	Beteiligung einer juristischen Person des öffentlichen Rechts an einer Personengesellschaft	102
2.3.15.14	Betriebe gewerblicher Art durch Betriebsaufspaltung	103
2.3.15.15	Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art	104
2.3.15.15.1	Gleichartige Betriebe	105
2.3.15.15.2	Enge wechselseitige technisch-wirtschaftliche Verflechtung	106
2.3.15.15.3	Betriebe i. S. von § 4 Abs. 3 KStG	108
2.3.15.15.4	Zusammenfassung von Betrieben gewerblicher Art in Kapitalgesellschaften	108
2.3.15.16	Einlage von Beteiligungen in Betrieben gewerblicher Art	109
2.3.15.17	Steuerbelastung bei Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	111
2.4	Die beschränkte Körperschaftsteuerpflicht	113
2.4.1	Allgemeines	113
2.4.2	Die ausländischen Körperschaften i. S. des § 2 Nr. 1 KStG	114
2.4.3	Die inländischen Einkünfte i. S. des § 49 EStG	115
2.4.3.1	Allgemeines	115
2.4.3.2	Isolierende Betrachtungsweise (§ 49 Abs. 2 EStG)	116
2.4.3.3	Inländische Betriebsstätte und inländischer Vertreter	116
2.4.4	Ermittlung und Besteuerung der inländischen Einkünfte	117
2.4.5	Die beschränkte Steuerpflicht nach § 2 Nr. 2 KStG	119
2.4.6	Die Abgeltung der Körperschaftsteuer durch den Steuerabzug (§ 32 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 KStG)	120

2.4.6.1	Beschränkte Steuerpflicht nach § 2 Nr. 1 KStG	120
2.4.6.2	Beschränkte Steuerpflicht nach § 2 Nr. 2 KStG	122
2.4.7	Beispiele zur beschränkten Steuerpflicht	123
2.5	Gesamtübersicht über die persönliche Steuerpflicht	124
2.6	Beginn der Steuerpflicht	125
2.7	Ende der Steuerpflicht	129
2.8	Wechsel der Steuerpflicht.	130
3	Das Einkommen	132
3.1	Allgemeines	132
3.1.1	Bemessungsgrundlage	132
3.1.2	Veranlagungszeitraum, Ermittlungszeitraum	132
3.1.2.1	Veranlagungszeitraum	132
3.1.2.2	Ermittlungszeitraum	132
3.1.2.3	Wirtschaftsjahr als Ermittlungszeitraum	133
3.1.3	Allgemeines über Einkünfte und Einkommen der Körperschaften	135
3.1.4	Einkünfte der unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaften i. S. des § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 KStG	136
3.1.5	Einkünfte der nicht unter § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 KStG fallenden Körperschaften	139
3.1.6	Einkünfte der Betriebe gewerblicher Art.	143
3.2	Allgemeines über die Gewinnermittlung	147
3.3	Die Gewinnermittlung bei Körperschaften	148
3.3.1	Allgemeines.	148
3.3.2	Bilanzierung und Rechnungslegung der Kapitalgesellschaften	149
3.3.2.1	Grundsätzliches.	149
3.3.2.2	Zur Bilanzierung und Bewertung in der Handels- und Steuerbilanz	149
3.3.3	Gesellschaftskapital, Gesellschaftsvermögen, Rücklagen und Rückstellungen	150
3.3.3.1	Gezeichnetes Kapital	151
3.3.3.2	Kapitalrücklagen	152
3.3.3.3	Gewinnrücklagen	152
3.3.3.4	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	153
3.3.3.5	Bilanzgewinn/Bilanzverlust	154
3.3.3.6	Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten	155
3.3.3.7	Steuerfreie Rücklagen.	155
3.3.4	Die Buchung nicht abziehbarer Aufwendungen.	155
3.3.4.1	Buchung der Gewinnverwendungen.	155
3.3.4.2	Steuerliche Behandlung und Buchung der Kapitalertragsteuer	157
3.3.4.3	Buchung der Körperschaftsteuer	160

Inhaltsverzeichnis

3.3.4.4	Buchung anderer nicht abziehbarer Aufwendungen	160
3.3.5	Einkommensermittlungsschema für buchführungspflichtige Körperschaften	160
3.4	Veränderung des Grund- oder Stammkapitals	161
3.4.1	Allgemeines	161
3.4.2	Gesellschaftsrechtliche Einlagen	162
3.4.2.1	Einlagen bei Gesellschaftsgründung.	162
3.4.2.2	Die Erhöhung des Nennkapitals.	163
3.4.3	Gesellschaftsrechtliche Vermögensminderungen	163
3.4.3.1	Gewinnausschüttungen	163
3.4.3.2	Herabsetzung des Nennkapitals	164
3.5	Vermögensmehrungen auf gesellschaftlicher Grundlage (offene und verdeckte Einlagen)	164
3.5.1	Allgemeines	164
3.5.2	Offene (gesellschaftsrechtliche) Einlagen.	165
3.5.3	Verdeckte Einlagen	166
3.5.3.1	Ursächlichkeit des Gesellschaftsverhältnisses.	166
3.5.3.2	Nahestehende Person	168
3.5.4	Die einlagefähigen Wirtschaftsgüter.	169
3.5.4.1	Allgemeines	169
3.5.4.2	Nicht einlagefähige Vermögensvorteile	172
3.5.5	Bewertung der (verdeckten) Einlage	173
3.5.5.1	Allgemeines	173
3.5.5.2	Grundsätzliche Bewertung bei der Kapitalgesellschaft	173
3.5.5.3	Grundsätzliche Bewertung beim Gesellschafter, wenn die Gesell- schaftsanteile zum Privatvermögen des Gesellschafters gehören. . .	175
3.5.5.4	Bewertung der Einlage, wenn die Gesellschaftsanteile zum Betriebsvermögen des Gesellschafters gehören	175
3.5.5.5	Verdeckte Einlage einer Beteiligung i. S. von § 17 EStG	177
3.5.5.6	Verdeckte Einlage eines Wirtschaftsguts innerhalb der Veräußerungsfrist des § 23 EStG	178
3.5.5.7	Bewertung der Einlage bei Betriebseröffnung.	178
3.5.5.8	Bewertung in den Fällen des Forderungsverzichts bei der Kapitalgesellschaft	179
3.5.5.9	Bewertung in den Fällen des Forderungsverzichts beim Gesell- schafter	182
3.5.5.9.1	Rechtslage für bis einschließlich 27.09.2017 gewährte Finanzie- rungshilfen	182
3.5.5.9.2	Rechtslage für nach dem 27.09.2017 gewährte Finanzierungshilfen. .	184
3.5.5.10	Bewertung beim Verzicht auf eine Pensionsanwartschaft	185
3.5.5.11	Bewertung im Falle einer Erbschaft	187

3.5.6	Auswirkungen der verdeckten Einlage bei der Kapitalgesellschaft	187
3.5.6.1	Auswirkung auf das zu versteuernde Einkommen	187
3.5.6.2	Auswirkung auf das steuerliche Einlagekonto i. S. des § 27 KStG	188
3.5.7	Die steuerliche Behandlung der Einlagen beim Gesellschafter	188
3.5.7.1	Auswirkung der verdeckten Einlage auf die Anschaffungskosten der Beteiligung	188
3.5.7.1.1	Anteile im Privatvermögen	189
3.5.7.1.2	Anteile im Betriebsvermögen	189
3.5.7.2	Auswirkungen auf die Anschaffungskosten der Beteiligungen bei Drittaufwand	192
3.5.7.2.1	Grundsatz: kein Abzug von Drittaufwand	193
3.5.7.2.2	Nachträgliche Anschaffungskosten bei mittelbar verdeckter Einlage bzw. abgekürztem Zahlungsweg	193
3.5.7.2.3	Nachträgliche Anschaffungskosten bei Aufwendungen des Dritten auf eigene Verbindlichkeit, aber im wirtschaftlichen Interesse des Gesellschafters	195
3.5.7.2.4	Nachträgliche Anschaffungskosten bei Darlehen, Bürgschaften und anderen Finanzierungshilfen eines Dritten unter Berücksichtigung des Eigenkapitalersatzes	195
3.5.7.3	Verdeckte Einlage und Zufluss beim Gesellschafter	197
3.5.7.4	Abzugsbeschränkungen bei unentgeltlichen oder teilentgeltlichen Nutzungsüberlassungen vom Gesellschafter an die Gesellschaft	199
3.5.7.4.1	Überquotale Nutzungsüberlassung	199
3.5.7.4.2	Abzugsbeschränkung durch § 3 c Abs. 2 EStG	200
3.5.7.4.3	Abzugsbeschränkung durch § 20 Abs. 9 EStG	201
3.5.7.4.4	Beispielfälle zu den Abzugsbeschränkungen bei Nutzungsüberlassungen	201
3.5.8	Korrespondenzprinzip für verdeckte Einlagen	203
3.5.8.1	Allgemeines	203
3.5.8.2	Grundfall nach § 8 Abs. 3 Satz 4 KStG	203
3.5.8.3	Sonderfall des § 8 Abs. 3 Sätze 5 und 6 KStG (sog. Dreiecksfälle)	205
3.5.8.4	§ 32 a Abs. 2 KStG	205
3.5.8.4.1	Grundsatz	205
3.5.8.4.2	Auswirkung auf den Feststellungsbescheid des steuerlichen Einlagekontos	206
3.5.8.4.3	Ablaufhemmung nach § 32 a KStG	206
3.5.9	Einzelfälle	206
3.5.10	Die Rückgewähr von Einlagen	210
3.6	Offene und verdeckte Ausschüttungen	211
3.6.1	Allgemeines	211
3.6.2	Offene Gewinnausschüttungen	212

3.6.3	Begriff der verdeckten Gewinnausschüttung	212
3.6.3.1	Grundsatz	212
3.6.3.2	Vermögensminderung/verhinderte Vermögensmehrung.	213
3.6.3.3	Veranlassung durch das Gesellschaftsverhältnis.	214
3.6.3.4	Auswirkung auf den Unterschiedsbetrag gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 EStG	216
3.6.3.5	Abgrenzung zur offenen Gewinnausschüttung.	217
3.6.3.6	Weitere Aspekte bei der Abgrenzung von verdeckten Gewinnausschüttungen	217
3.6.3.6.1	Gewinnverteilungsabsicht	217
3.6.3.6.2	Handelnde Personen.	218
3.6.3.6.3	Vorteilsgewährende Körperschaft.	219
3.6.3.6.4	Abgrenzung verdeckte Gewinnausschüttung / Liebhaberei.	220
3.6.3.6.5	Beweislast	220
3.6.4	Grundbeispiele verdeckter Gewinnausschüttungen	221
3.6.5	Rückwirkungsverbot – Zusatzvoraussetzungen bei beherrschenden Gesellschaftern	222
3.6.5.1	Grundsatz	222
3.6.5.2	Wer ist beherrschender Gesellschafter?	224
3.6.5.3	Klare und eindeutige Vereinbarung	225
3.6.5.4	Zivilrechtliche Wirksamkeit	227
3.6.5.4.1	Allgemeines	227
3.6.5.4.2	Formvorschriften.	228
3.6.5.4.3	Selbstkontrahierungsverbot	229
3.6.5.4.4	Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung.	230
3.6.5.4.5	Aufzeichnungspflichten.	231
3.6.5.5	Keine Rückwirkung	231
3.6.5.6	Tatsächliche Durchführung.	232
3.6.5.7	Übersicht: Anforderung für beherrschende und nicht beherrschende Gesellschafter	234
3.6.6	Nahestehende Personen	234
3.6.6.1	Grundsatz	234
3.6.6.2	Personenkreis der nahestehenden Personen.	235
3.6.7	Der Vorteilsausgleich	236
3.6.8	Umfang und Bewertung der verdeckten Gewinnausschüttung	237
3.6.9	Steuerliche Folgen der verdeckten Gewinnausschüttung.	239
3.6.9.1	Auswirkungen bei der Gesellschaft	239
3.6.9.2	Auswirkungen beim Gesellschafter	242
3.6.9.2.1	Allgemeines	242
3.6.9.2.2	Folgen im Anwendungsbereich der Abgeltungsteuer.	242
3.6.9.2.3	Folgen im Teileinkünfteverfahren.	243

3.6.9.2.4	Folgen bei Körperschaften	244
3.6.9.2.5	Weitere Folgen beim Gesellschafter	245
3.6.9.3	Zeitliche Differenzen zwischen den einzelnen Folgen	246
3.6.10	Korrespondenzprinzip bei verdeckte Gewinnausschüttung	248
3.6.10.1	Formelles Korrespondenzprinzip: Korrektur nach § 32 a Abs. 1 KStG	248
3.6.10.2	Materielles Korrespondenzprinzip: Steuerbefreiung setzt aber Hinzurechnung bei der Körperschaft voraus	249
3.6.10.3	Regelungen für verdeckte Einlagen	251
3.6.10.4	Auswirkung auf sog. Dreiecksfälle	252
3.6.10.5	Zeitliche Anwendung	254
3.6.11	Auswirkungen auf andere Steuerarten	255
3.6.11.1	Umsatzsteuer	255
3.6.11.2	Gewerbsteuer	257
3.6.11.3	Kapitalertragsteuer	258
3.6.12	Problemstellungen im Zusammenhang mit Gesellschafter- Geschäftsführer	261
3.6.12.1	Dienstverträge mit Gesellschaftern	261
3.6.12.1.1	Allgemeines	261
3.6.12.1.2	Zivilrechtliche Wirksamkeit von Dienstverträgen	262
3.6.12.1.3	Tatsächliche Durchführung von Dienstverträgen, Ernsthaftigkeit der Vereinbarung	264
3.6.12.1.4	Rückwirkungsverbot bei Anstellungsverträgen	266
3.6.12.2	Angemessenheit der (Gesamt-)Bezüge	269
3.6.12.3	Nebenleistungen zum Gehalt	275
3.6.12.4	Tantiemevereinbarungen mit dem Gesellschafter-Geschäftsführer	278
3.6.12.5	Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer	283
3.6.12.5.1	Allgemeine Grundsätze	283
3.6.12.5.2	Zivilrechtlich wirksame Zusage	285
3.6.12.5.3	Voraussetzungen des § 6 a EStG	286
3.6.12.5.4	Ernsthaftigkeit der Zusage	288
3.6.12.5.5	Finanzierbarkeit	290
3.6.12.5.6	Erdienbarkeit	292
3.6.12.5.7	Pensionseintrittsalter	295
3.6.12.5.8	Rückwirkungsverbot; Nachzahlungsverbot	295
3.6.12.5.9	Angemessenheit	296
3.6.12.5.10	Korrekturebenen	302
3.6.12.5.11	Unverfallbarkeit von Pensionszusagen	303

3.6.12.5.12	Pensionszahlungen neben Aktivgehalt	304
3.6.12.5.13	Abfindung von Pensionszusagen	305
3.6.12.5.14	Alternative betriebliche Altersvorsorge	307
3.6.12.5.15	Auslagerung Pensionszusage auf eine „Rentner-GmbH“.	308
3.6.12.6	Wettbewerbsverbot/Geschäftschancenlehre	309
3.6.12.6.1	Frühere Rechtsprechung.	309
3.6.12.6.2	Geänderte Rechtsprechung zum Wettbewerbsverbot	309
3.6.12.6.3	Die Geschäftschancenlehre.	310
3.6.12.7	Darlehensverträge mit Gesellschaftern	314
3.6.12.7.1	Grundsätze	314
3.6.12.7.2	Unangemessene Verzinsung	314
3.6.12.7.3	Darlehensgewährung als verdeckte Gewinnausschüttung	317
3.6.12.7.3.1	Darlehensgewährung von der Gesellschaft an den Gesellschafter.	317
3.6.12.7.3.2	Darlehensgewährung vom Gesellschafter an die Gesellschaft.	318
3.6.12.7.4	Späterer Darlehensverzicht oder Ausfall der Darlehensforderung	319
3.6.12.8	Kaufverträge mit Gesellschaftern.	320
3.6.12.9	Miet- und Pachtverträge.	325
3.6.12.10	Schuldübernahme zum Vorteil eines Gesellschafters.	327
3.6.12.11	Sonstige Verträge mit Gesellschaftern und Einzelfälle	330
3.6.12.12	Verdeckte Gewinnausschüttungen und verdeckte Einlagen zwischen Schwestergesellschaften.	333
3.6.13	Verdeckte Gewinnausschüttungen bei einer GmbH & Co. KG	336
3.6.14	Verdeckte Gewinnausschüttungen bei Betrieben gewerblicher Art und bei Eigengesellschaften der öffentlichen Hand	340
3.6.14.1	Grundsätze	340
3.6.14.2	Sonderproblem Dauerverluste	342
3.6.14.3	Spartentrennung bei Eigengesellschaften.	344
3.6.15	„Rückgängigmachung“ von Ausschüttungen	346
3.7	Einschränkungen der Fremdfinanzierung durch die Zinsschranke	350
3.7.1	Grundüberlegungen und historische Entwicklung	350
3.7.2	Die Zinsschranke (§ 4 h EStG/§ 8 a KStG).	352
3.7.2.1	Grundprinzip und zeitliche Anwendung	352
3.7.2.2	Fremdkapital im Sinne der Zinsschranke.	355
3.7.2.3	Begriff der Zinsaufwendungen und der Zinserträge	356
3.7.2.4	Maßgeblicher Gewinn und 30 %-Berechnung	357
3.7.2.5	Der EBITDA-Vortrag	360
3.7.2.5.1	Hintergrund	360
3.7.2.5.2	Die Bildung des EBITDA-Vortrags.	360
3.7.2.5.3	Verwendung des EBITDA-Vortrags.	360
3.7.2.5.4	Zeifragen des EBITDA-Vortrags	361
3.7.2.5.5	Weitere Gründe für den Wegfall eines EBITDA-Vortrags	362

3.7.2.5.6	Verfahrensfragen	362
3.7.2.6	Ausnahmen von der Zinsschranke (§ 4 h Abs. 2 EStG)	363
3.7.2.6.1	Freigrenze (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. a EStG)	363
3.7.2.6.2	Nicht konzernangehörige Betriebe (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. b EStG)	363
3.7.2.6.3	Escape-Klausel (§ 4 h Abs. 2 Satz 1 Buchst. c EStG)	364
3.7.2.6.3.1	Grundsatz	364
3.7.2.6.3.2	Maßgebliche Rechnungslegungsvorschriften	365
3.7.2.6.3.3	Maßgeblicher Zeitpunkt	365
3.7.2.7	Berechnung der Quote	366
3.7.2.8	Vorzunehmende Korrekturen	366
3.7.2.9	Folgen der Escape-Klausel und Einzelprobleme	367
3.7.2.10	Übersicht	368
3.7.2.11	Besonderheiten für Kapitalgesellschaften (§ 8 a KStG)	368
3.7.2.11.1	Anwendbarkeit des § 4 h EStG	368
3.7.2.11.2	Rückausnahme trotz fehlender Konzernzugehörigkeit (§ 8 a Abs. 2 KStG)	369
3.7.2.11.3	Rückausnahme von der Escape-Klausel (§ 8 a Abs. 3 KStG)	371
3.7.2.11.4	Übersicht zur Zinsschranke bei einer Kapitalgesellschaft	373
3.7.2.12	Sonderregelungen für Organschaftsfälle	374
3.7.2.13	Der Zinsvortrag	375
3.7.2.13.1	Grundprinzip	375
3.7.2.13.2	Wegfall des Zinsvortrags	376
3.7.2.14	Auswirkungen der Zinsschranke auf die Gewerbesteuer	377
3.8	Genussrechte	377
3.9	Steuerbefreiungen nach § 8 b KStG	379
3.9.1	Rechtsentwicklung	379
3.9.2	Erhaltene Ausschüttungen bei Körperschaften	382
3.9.2.1	Grundprinzip (§ 8 b Abs. 1 KStG)	382
3.9.2.2	Steuerpflicht von Streubesitzdividenden (Neufassung des § 8 b Abs. 4 KStG)	383
3.9.2.2.1	Hintergrund und Grundprinzip	383
3.9.2.2.2	Ermittlung der Beteiligungshöhe	384
3.9.2.2.3	Das Stichtagsprinzip	386
3.9.2.3	§ 8 b Abs. 5 KStG – 5 %-Pauschale	390
3.9.3	Dividendenerträge bei der Gewerbesteuer	392
3.9.4	Auswirkungen auf die Kapitalertragsteuer	395
3.9.5	Ausweitung des materiellen Korrespondenzprinzips	396
3.9.6	Freistellung von Veräußerungsgewinnen (§ 8 b Abs. 2 KStG)	397
3.9.6.1	Grundprinzip des § 8 b Abs. 2 KStG	397
3.9.6.2	§ 8 b Abs. 3 Satz 1 KStG – 5 %-Pauschale	405

Inhaltsverzeichnis

3.9.7	Veräußerungsverluste und Gewinnminderungen (§ 8 b Abs. 3 KStG)	405
3.9.7.1	Veräußerungsverluste und Gewinnminderungen	405
3.9.7.2	Teilwertabschreibungen auf Beteiligungen	406
3.9.7.3	Teilwertabschreibungen auf Darlehen	407
3.9.7.4	Zusammenfassung	412
3.9.8	Analoge Anwendung auf sonstige Fälle (§ 8 b Abs. 6 KStG)	412
3.9.9	Sonderregelung für Kreditinstitute (§ 8 b Abs. 7 KStG)	413
3.9.10	Sonderregelung für Lebens- und Krankenversicherungs- unternehmen (§ 8 b Abs. 8 KStG)	414
3.9.11	Sonderregelung bei Wertpapierleihe (§ 8 b Abs. 10 KStG)	415
3.9.12	Sonderregelung für Anteile an Unterstützungskassen (§ 8 b Abs. 11 KStG)	416
3.9.13	Anwendung von § 8 b KStG in Organschaftsfällen	416
3.10	Der Verlustabzug	416
3.10.1	Der steuerliche Verlust	416
3.10.2	Grundüberlegungen zur rechtlichen und wirtschaftlichen Identität von Kapitalgesellschaften und historische Entwicklung der Verlustabzugsbeschränkung	418
3.10.3	Verlustabzugsbeschränkung nach § 8 c KStG	422
3.10.3.1	Allgemeines und Überblick zu § 8 c KStG	422
3.10.3.2	Anwendungsbereich des § 8 c Abs. 1 KStG	422
3.10.3.3	Der Beteiligungserwerb als schädlicher Tatbestand	423
3.10.3.4	Erwerberkreis	424
3.10.3.4.1	Übertragung auf nahestehende Personen	425
3.10.3.4.2	Übertragung auf Erwerber mit gleichgerichteten Interessen	425
3.10.3.5	Erwerbstatbestände	426
3.10.3.6	5-Jahres-Zeitraum	428
3.10.3.7	Rechtsfolgen des § 8 c Abs. 1 KStG	429
3.10.3.8	Besonderheiten bei unterjährigem Anteilseignerwechsel	429
3.10.3.9	Die Konzernklausel	430
3.10.3.10	Die „Stille-Reserven-Klausel“	434
3.10.3.11	Sanierungsklausel nach § 8 c Abs. 1 a KStG	436
3.10.3.12	Schädlicher Anteilerwerb durch eine Wagniskapital- beteiligungsgesellschaft	440
3.10.4	Fortführungsgebundener Verlustvortrag nach § 8 d KStG	440
3.10.4.1	Antrag	441
3.10.4.2	Unterhalten „desselben Geschäftsbetriebs“	442
3.10.4.3	Rechtsfolgen	442
3.10.4.4	Schädliche Ereignisse i. S. des § 8 d Abs. 2 KStG	443

3.10.5	Verlustausgleichsbeschränkung für stille Beteiligungen an Kapitalgesellschaften.	445
3.10.5.1	Allgemeines	445
3.10.5.2	Steuerliche Konsequenzen bei der typisch stillen Gesellschaft	446
3.10.5.3	Steuerliche Konsequenzen für die atypisch stille Gesellschaft.	447
3.10.5.4	Veräußerung der stillen Beteiligung.	447
3.10.5.5	Anwendung der Verlustabzugsbeschränkung nach § 10 d EStG	447
3.10.6	Verlustabzug nach § 10 d EStG	448
3.10.6.1	Allgemeines	448
3.10.6.2	Zusammentreffen von Verlustvortrag und Verlustrücktrag	450
3.10.7	Der verbleibende Verlustabzug, Verfahrensfragen.	451
3.11	Behandlung von Mitgliederbeiträgen.	452
3.12	Abziehbare Aufwendungen	455
3.12.1	Allgemeines	455
3.12.2	Abziehbare Ausgaben bei Kommanditgesellschaften auf Aktien . .	455
3.12.3	Ausgaben für steuerbegünstigte Zwecke i. S. des § 9 Abs. 1 Nr. 2 KStG.	457
3.12.3.1	Allgemeines	457
3.12.3.2	Begriff der Spende	458
3.12.3.3	Mitgliedsbeiträge.	458
3.12.3.4	Sachzuwendungen	459
3.12.3.5	Zuwendungen von Nutzungen und Leistungen	460
3.12.3.6	Voraussetzungen für den Spendenabzug.	461
3.12.3.6.1	Abzug von Spenden und Mitgliedsbeiträgen	461
3.12.3.6.2	Zuwendungsempfänger	461
3.12.3.6.3	Zuwendungsnachweis § 50 EStDV.	462
3.12.3.6.4	Verwendung der Zuwendung für steuerbegünstigte Zwecke	463
3.12.3.6.5	Aufzeichnungspflichten und buchmäßiger Nachweis	464
3.12.3.6.6	Vertrauensschutz für den Spender und Haftungsfrage.	464
3.12.3.7	Spendenabzug für Zuwendungen	466
3.12.3.7.1	Ermittlung des Spendenabzugs.	466
3.12.3.7.2	Wegfall des Zusatzhöchstbetrags für Stiftungszuwendungen	468
3.12.3.7.3	Spendenvortrag.	468
3.12.3.8	Einschränkung des Spendenabzugs.	469
3.12.3.9	Spenden an politische Parteien.	471
3.13	Nicht abziehbare Aufwendungen	471
3.13.1	Nicht abziehbare Ausgaben nach dem Einkommensteuergesetz . . .	471
3.13.2	Nicht abziehbare Aufwendungen zur Erfüllung satzungsmäßiger Zwecke	472
3.13.3	Die nicht abziehbaren Steuern und Nebenleistungen	473

Inhaltsverzeichnis

3.13.3.1	Nicht abziehbare Steuern	473
3.13.3.2	Nicht abziehbare Gewerbesteuer ab 2008	475
3.13.3.3	Steuerliche Nebenleistungen.	475
3.13.3.4	Erstattung nicht abziehbarer Steuern.	477
3.13.3.5	Erstattung von steuerlichen Nebenleistungen	478
3.13.4	Abzugsverbot für Geldstrafen und ähnliche Rechtsnachteile	480
3.13.5	Steuerliche Behandlung der Aufsichtsratsvergütungen	481
3.14	Sonderregelungen für Versicherungsunternehmen, Pensionsfonds und Bausparkassen	482
3.14.1	Versicherungstechnische Rückstellungen	482
3.14.1.1	Schwankungsrückstellung	483
3.14.1.2	Schadenrückstellung	484
3.14.2	Beitragsrückerstattungen der Versicherungsunternehmen	485
3.14.3	Deckungsrückstellung.	486
4	Steuerliche Behandlung der Genossenschaften	487
4.1	Allgemeines	487
4.2	Geschäftsarten der Genossenschaften	487
4.3	Genossenschaftliche Rückvergütung/verdeckte Gewinnausschüttungen	488
5	Steuerbefreiungen und -vergünstigungen	493
5.1.	Allgemeines	493
5.1.1	Überblick	493
5.1.2	Ausschluss der Steuerbefreiung für Einkünfte, die dem Steuer- abzug unterliegen, und für die in § 32 Abs. 3 Satz 1 KStG genannten Einkünfte	494
5.1.3	Ausschluss der Steuerbefreiung bei beschränkter Steuerpflicht.	495
5.1.4	Kapitalertragsteuerpflicht für Gewinne wirtschaftlicher Geschäftsbetriebe der steuerbefreiten Körperschaften	495
5.2	Staatsbetriebe i. S. des § 5 Abs. 1 Nrn. 1 bis 2 a KStG.	496
5.3	Steuerbefreiung der Pensions-, Sterbe-, Kranken- und Unterstützungskassen	497
5.3.1	Allgemeines	497
5.3.2	Die einzelnen Voraussetzungen für die Steuerbefreiung	499
5.3.2.1	Der Kreis der Leistungsempfänger.	499
5.3.2.2	Das Erfordernis der „sozialen Einrichtung“	499
5.3.2.3	Die Sicherung des Vermögens und der Einkünfte für Zwecke der Kasse.	502
5.3.2.4	Zulässiges Kassenvermögen, Überdotierung	502
5.3.3	Partielle Steuerpflicht; Übertragung des überdotierten Vermögens	504

5.4	Kleinere Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit	509
5.5	Die steuerbefreiten Berufsverbände	509
5.5.1	Allgemeines	509
5.5.2	Der Begriff des Berufsverbands	510
5.5.3	Maßgeblichkeit der Satzung und der tatsächlichen Geschäftsführung	513
5.5.4	Die Steuerpflicht des Berufsverbandes	514
5.5.4.1	Partielle Steuerpflicht bei wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb	514
5.5.4.2	Volle Steuerpflicht bei Verwendung der Mittel zur Parteienförderung	514
5.5.5	Die Körperschaftsteuer für Parteizuwendungen	515
5.5.6	Beispiele zur Steuerpflicht und Steuerberechnung von Berufsverbänden	516
5.5.7	Steuerliche Behandlung der Beiträge bei den Mitgliedern	517
5.6	Die Vermögensverwaltungsgesellschaften i. S. des § 5 Abs. 1 Nr. 6 KStG	517
5.7	Politische Parteien und ihre Gebietsverbände	518
5.8	Öffentlich-rechtliche Versicherungs- und Versorgungseinrichtungen i. S. des § 5 Abs. 1 Nr. 8 KStG	520
5.9	Körperschaften, die gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken dienen	521
5.9.1	Allgemeines, Kreis der Begünstigten	521
5.9.2	Die maßgeblichen Bestimmungen der Abgabenordnung	522
5.9.2.1	Gemeinnützige Zwecke (§ 52 AO)	523
5.9.2.2	Mildtätige Zwecke (§ 53 AO)	526
5.9.2.3	Kirchliche Zwecke (§ 54 AO)	528
5.9.2.4	Selbstlosigkeit (§ 55 AO)	528
5.9.2.5	Ausschließlichkeit (§ 56 AO)	532
5.9.2.6	Unmittelbarkeit (§ 57 AO)	533
5.9.2.7	Steuerlich unschädliche Betätigungen (§ 58 AO)	534
5.9.2.8	Die Rücklagen- und Vermögensbildung (§ 62 AO)	535
5.9.2.9	Satzung und tatsächliche Geschäftsführung (§§ 59 bis 63 AO)	538
5.9.2.10	Das Feststellungsverfahren (§ 60 a AO)	538
5.9.2.11	Die verschiedenen Vermögenssphären	539
5.9.2.12	Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb (§ 14 AO); Abgrenzung zur Vermögensverwaltung	541

Inhaltsverzeichnis

5.9.2.13	Das Einkommen aus einem steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	544
5.9.2.14	Zweckbetriebe (§§ 65 bis 68 AO)	548
5.9.3	Freistellungsbescheid, Körperschaftsteuerbescheid (Anerkennung und Überprüfung der Gemeinnützigkeit)	551
5.9.4	Zusammenfassender Beispielsfall	553
5.10	Vermietungsgenossenschaften und -vereine	555
5.10.1	Allgemeines	555
5.10.2	Die persönlichen und sachlichen Voraussetzungen für die Steuerbefreiung	555
5.10.3	Die Steuerpflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 10 Satz 2 KStG	557
5.11	Gemeinnützige Siedlungsunternehmen	558
5.12	Land- und forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	558
5.13	Pensions-Sicherungs-Verein – Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit	561
5.14	Steuerbefreiung von Kreditsicherungseinrichtungen	562
5.15	Bürgschaftsbanken und Kreditgarantiegemeinschaften	562
5.16	Wirtschaftsförderungsgesellschaften	563
5.17	Gesamthafenbetriebe	565
5.18	Versorgungsverbände	565
5.19	Arbeitsgemeinschaft Medizinischer Dienst der Krankenversicherung	566
5.20	Gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien	566
5.21	Auftragsforschung öffentlich-rechtlicher Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen	567
5.22	Steuerfreibeträge, Besteuerung kleiner Körperschaften	568
5.22.1	Freibetrag für bestimmte Körperschaften	568
5.22.2	Freibetrag für bestimmte land- und forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	569
5.23	Besteuerung kleiner Körperschaften (Bagatellregelung)	571
5.24	Beginn und Erlöschen einer Steuerbefreiung	572
5.24.1	Allgemeines	572
5.24.2	Beginn einer Steuerbefreiung	573
5.24.3	Erlöschen einer Steuerbefreiung	574
5.24.4	Sonderregelung nach § 13 Abs. 4 KStG	574
5.24.5	Partielle Steuerbefreiung gem. § 13 Abs. 5 KStG	575
5.24.6	Beteiligung i. S. von § 17 EStG an einer Kapitalgesellschaft außerhalb des Betriebsvermögens	576

6	Grenzüberschreitende Sachverhalte	578
6.1	Allgemeines und Systematik der Doppelbesteuerungsabkommen	578
6.2	Ausländische Einkünfte einer inländischen Körperschaft („Outbound-Fall“)	579
6.2.1	Betriebsstätte in einem Nicht-DBA-Staat	579
6.2.1.1	Anrechnung ausländischer Steuern (§ 26 Abs. 1 und 2 KStG)	579
6.2.1.2	Abzug ausländischer Steuern (§ 26 Abs. 2 Satz 2 KStG)	581
6.2.1.3	Verluste aus der Auslandsbetriebsstätte	582
6.2.2	Betriebsstätte in einem DBA-Staat	584
6.2.2.1	Grundprinzip	584
6.2.2.2	Regelfall: Freistellungsmethode	585
6.2.2.3	Anrechnungsmethode	587
6.2.3	Entstrickungsregelungen	588
6.2.3.1	Entnahmen und Einlagen	588
6.2.3.1.1	Entnahmen	588
6.2.3.1.2	Anteile an einer Europäischen Gesellschaft oder Genossenschaft	589
6.2.3.1.3	Einlagen	590
6.2.3.2	Anteile an Kapitalgesellschaften i. S. von § 17 EStG und Verlegung von Sitz oder Ort der Geschäftsleitung ins Ausland	590
6.2.3.3	Behandlung bei Körperschaften (§ 12 KStG)	591
6.2.3.4	Steuerstundungsmöglichkeit durch Bildung eines Ausgleichspostens	593
6.2.3.4.1	Voraussetzungen	593
6.2.3.4.2	Ausnahmen	593
6.2.3.4.3	Anwendungszeitraum	594
6.2.3.4.4	Buchmäßige Behandlung	594
6.2.3.4.5	Höhe des Ausgleichspostens	594
6.2.3.4.6	Vorzeitige gewinnerhöhende Auflösung des Ausgleichspostens	595
6.2.3.4.7	Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	595
6.2.3.4.8	Besonderheiten im Rückführungsfall	595
6.2.3.4.9	Rechtsfolgen einer Rücküberführung	596
6.2.3.4.10	„Brexit“-Klausel	597
6.2.4	Lizenzschranke	598
6.2.4.1	Allgemeines	598
6.2.4.2	Regelungen im Detail	598
6.2.4.3	Ausnahmen von § 4 j EStG	599
6.2.5	Basisgesellschaften	600
6.3	Steuerausländer mit inländischen Einkünften („Inbound-Fall“)	601
6.3.1	Inländische Einkünfte einer ausländischen Körperschaft	601
6.3.2	Ausländische Anteilseigner inländischer Kapitalgesellschaften	602

Inhaltsverzeichnis

6.4	Außensteuergesetz	604
6.4.1	Allgemeines	604
6.4.2	Die Einzelregelungen des Außensteuergesetzes	605
6.4.2.1	Berichtigung von Einkünften bei internationalen Verflechtungen (§ 1 AStG)	605
6.4.2.1.1	Grundprinzip (§ 1 Abs. 1 AStG)	605
6.4.2.1.2	Begriff der nahestehenden Person (§ 1 Abs. 2 AStG)	606
6.4.2.1.3	Verhältnis zur verdeckten Gewinnausschüttung und zur verdeckten Einlage	607
6.4.2.1.4	Verrechnungspreise (§ 1 Abs. 3, 3 a AStG)	608
6.4.2.1.5	Funktionsverlagerungen (§ 1 Abs. 3 b AStG)	609
6.4.2.1.6	Immaterielle Werte	609
6.4.2.1.7	Preis Anpassungsklausel (§ 1 a AStG)	610
6.4.2.2	Wohnsitzwechsel in niedrig besteuerte Gebiete (§§ 2 bis 5 AStG)	610
6.4.2.3	Beteiligungen nach § 17 EStG bei Wohnsitzwechsel ins Ausland (§ 6 AStG)	610
6.4.2.4	Hinzurechnungsbesteuerung (§§ 7 bis 14 AStG)	612
6.4.2.5	Besteuerung des Einkommens ausländischer Familienstiftungen (§ 15 AStG)	613
7	Körperschaftsteuertarif	615
7.1	Allgemeines – Berechnung der Körperschaftsteuer	615
7.2	Besondere Steuersätze	615
7.3	Ermäßigung der tariflichen Körperschaftsteuer	616
7.4	Solidaritätszuschlag	616
8	Ausschüttungen an die Anteilseigner	618
8.1	Grundlagen der Abgeltungsteuer	618
8.2	Einzelheiten zu den Gewinnausschüttungen	618
8.2.1	Arten von Gewinnausschüttungen	618
8.2.2	Ausschüttungen, die auf einem den gesellschaftsrechtlichen Vorschriften entsprechenden Gewinnverteilungsbeschluss für ein abgelaufenes Wirtschaftsjahr beruhen	619
8.2.3	Vorabausschüttungen	620
8.2.4	Der Gewinnverteilungsbeschluss	621
8.2.4.1	Ordnungsgemäßer Gewinnverteilungsbeschluss	621
8.2.4.2	Änderung von Gewinnverteilungsbeschlüssen	621
8.2.5	Zeitpunkt der Gewinnausschüttung	622
8.2.6	Rückzahlung einer Ausschüttung führt nicht zur Aufhebung derselben.	624
8.2.7	Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren	625

8.2.8	Inkongruente Ausschüttungen	626
8.3	Das steuerliche Einlagekonto (§ 27 KStG)	629
8.3.1	Notwendigkeit des Ausweises von Gesellschaftereinlagen	629
8.3.2	Betroffene Körperschaften	630
8.3.3	Anfangsbestand	630
8.3.4	Zugänge auf dem steuerlichen Einlagekonto	631
8.3.5	Verwendung des steuerlichen Einlagekontos für Leistungen der Körperschaft	632
8.3.6	Übersicht: Zu- und Abgänge auf dem steuerlichen Einlagekonto ..	638
8.3.7	Ausstellung einer Steuerbescheinigung	638
8.3.8	Festschreibung der Verwendung aus dem steuerlichen Einlagekonto	638
8.3.9	Verfahrensfragen	641
8.3.9.1	Fortschreibung und gesonderte Feststellung des Einlagekontos ...	641
8.3.9.2	Grundlagenfunktion	641
8.3.9.3	Erklärungspflicht	641
8.3.10	Das Einlagekonto in Fällen der Organschaft	642
8.3.11	Weitere Sonderfälle	643
8.3.12	Einlagenrückzahlung auf der Ebene des Anteilseigners	643
8.4	Besteuerung der Anteilseigner	645
8.4.1	Allgemeines	645
8.4.1.1	Zuflusszeitpunkt von Dividenden bei Anteilen im Privatvermögen	645
8.4.1.2	Zuflusszeitpunkt von Dividenden bei Anteilen im Betriebsvermögen	647
8.4.1.3	Übersicht zur zeitlichen Erfassung von Gewinnausschüttungen ...	648
8.4.1.4	Steuerbescheinigungen	648
8.4.2	Abgeltungsteuer und Teileinkünfteverfahren	649
8.4.2.1	Grundsystematik/Überblick	649
8.4.2.2	Anteile im Privatvermögen	650
8.4.2.2.1	Laufende Dividendenerträge	650
8.4.2.2.2	Veräußerungsgewinne und -verluste	652
8.4.2.2.2.1	Beteiligung ab 1 %	652
8.4.2.2.2.2	Beteiligung unter 1 %	653
8.4.2.2.2.3	Ausnahmsweise wahlweise Einbeziehung in die Veranlagung	654
8.4.2.2.2.4	Zwangswise Einbeziehung in die Veranlagung zum Regelsteuer- satz	657
8.4.2.3	Anteile im Betriebsvermögen	660
8.4.2.4	Überblick über die verschiedenen Besteuerungsarten für Kapitalerträge	665
8.4.3	Erträge aus Investmentfonds	666

Inhaltsverzeichnis

8.4.3.1	Allgemeines	666
8.4.3.2	Investmenterträge	666
8.4.3.3	Übergangsregelung und Anwendungsvorschrift zum Investmentsteuerreformgesetz	668
8.5	Steuertatbestände für bestimmte Gewinntransfers und Bezüge	668
8.5.1	Notwendigkeit der zusätzlichen Steuertatbestände	668
8.5.2	Einkünfte i. S. von § 20 Abs. 1 Nr. 9 EStG	668
8.5.3	Einkünfte i. S. des § 20 Abs. 1 Nr. 10 EStG	671
8.5.3.1	Grundsatz	671
8.5.3.2	Einnahmen i. S. des § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. a EStG	673
8.5.3.3	Einnahmen i. S. des § 20 Abs. 1 Nr. 10 Buchst. b EStG	674
8.5.3.3.1	Grundprinzip.	674
8.5.3.3.2	Buchführungspflichten für Betriebe gewerblicher Art.	674
8.5.3.3.3	Besteuerung des laufenden Gewinns und Rücklagenbildung.	676
8.5.3.3.4	Auflösung von Gewinnrücklagen	677
8.5.3.3.5	Führung eines steuerlichen Einlagekontos.	677
8.5.3.3.6	Belastungsvergleich.	678
8.5.3.3.7	Wirtschaftliche Geschäftsbetriebe steuerbefreiter Körperschaften .	678
8.5.3.3.8	Zeitpunkt des Kapitalertragsteuerabzugs.	679
9	Die Organschaft	680
9.1	Allgemeines	680
9.1.1	Begriff.	680
9.1.2	Voraussetzungen der Organschaft bei den einzelnen Steuerarten. .	680
9.1.3	Vor- und Nachteile einer Organschaft	681
9.1.4	Rechtsgrundlagen	682
9.2.	Der Organträger	683
9.2.1.	Allgemein	683
9.2.2.	Natürliche Personen als Organträger	683
9.2.3	Körperschaften als Organträger	684
9.2.4	Personengesellschaften als Organträger	684
9.2.5	Ausländische Gesellschaften mit einer inländischen Betriebsstätte	686
9.2.6	Mehrmütterorganschaft	688
9.3	Die Organgesellschaft(en)	689
9.3.1	Grundsatz	689
9.3.2	Spezialfälle	689
9.4.	Finanzielle Eingliederung.	690
9.4.1	Grundsätze	690
9.4.2	Finanzielle Eingliederung bei mittelbarer Beteiligung.	690
9.4.3	Finanzielle Eingliederung bei Personengesellschaften als Organträger.	694

9.4.4	Zeitliche Eingliederungsvoraussetzungen	696
9.4.5	Finanzielle Eingliederung bei Umstrukturierungsvorgängen	696
9.4.6	Keine Doppelberücksichtigung negativer Einkünfte	699
9.5	Der Gewinnabführungsvertrag	700
9.5.1	Grundsätze	700
9.5.2	Der Gewinnabführungsvertrag der AG oder KGaA	701
9.5.3	Der Gewinnabführungsvertrag anderer Kapitalgesellschaften	702
9.5.3.1	Grundsätze	702
9.5.3.2	Zivilrechtliche Wirksamkeit	702
9.5.3.3	Gewinnabführung	702
9.5.3.4	Verlustübernahmeregelung	703
9.5.3.4.1	Rechtslage vor dem 27.02.2013	703
9.5.3.4.2	Rechtslage seit dem 27.02.2013	704
9.5.3.4.3	Übergangsregelung	705
9.5.4	Gewinnabführungsverträge mit ausländischen Körperschaften	706
9.5.5	Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung aller Gewinnabführungsverträge	707
9.5.5.1	Erstmalige Anerkennung des Gewinnabführungsvertrags	707
9.5.5.2	Mindestdauer des Gewinnabführungsvertrags	708
9.5.5.3	Tatsächlicher Vollzug des Gewinnabführungsvertrags	711
9.5.5.4	Die Heilungsmöglichkeit bei fehlerhafter Gewinnabführung	714
9.5.5.5	Beendigung und Nichtdurchführung des Gewinnabführungsvertrags	716
9.5.5.6	Gewinnabführung bei Auflösung der Organgesellschaft	717
9.6	Ermittlung des Einkommens der Organgesellschaft	718
9.6.1	Grundsätze	718
9.6.2	Beschränkung des Verlustabzugs nach § 15 Satz 1 Nr. 1 KStG	719
9.6.3	Anwendung des § 8 b KStG gem. § 15 Satz 1 Nr. 2 KStG	720
9.6.4	Anwendung des § 4 Abs. 7 UmwStG gem. § 15 Satz 1 Nr. 2 KStG	723
9.6.5	Internationales Schachtelprivileg	724
9.6.6	Anwendung der Zinsschranke nach § 4 h EStG gem. § 15 Satz 1 Nr. 3 KStG	724
9.6.7	Anwendung des § 8 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 7 KStG nach § 15 Satz 1 Nr. 4 KStG	726
9.6.8	Anwendung des § 8 Abs. 9 KStG nach § 15 Satz 1 Nr. 5 KStG	727
9.6.9	Anwendung des § 8 c KStG bei schädlichem Beteiligungserwerb beim Organträger	727
9.7	Zurechnung des Einkommens des Organs beim Organträger	728
9.7.1	Zeitliche Zuordnung des Einkommens	728

Inhaltsverzeichnis

9.7.2	Steuerliche Behandlung der Ausgleichszahlungen an einen außenstehenden Anteilseigner	729
9.7.3	Verfahrensfragen.	729
9.8	Die Einkommensermittlung beim Organträger	731
9.8.1	Allgemeine Grundsätze	731
9.8.2	Rückstellung für drohende Verluste aus Verlustübernahme	732
9.8.3	Teilwertabschreibungen auf die Organbeteiligung	732
9.8.4	Finanzierungsaufwand auf die Beteiligung	733
9.8.5	Veräußerung der Organbeteiligung	733
9.8.6	Verdeckte Gewinnausschüttungen	734
9.8.7	Spendenabzug	734
9.8.8	Thesaurierungsbegünstigung nach § 34 a EStG	735
9.8.9	Vereinfachtes Berechnungsschema zur Ermittlung des Organträger Einkommens	737
9.9	Ausgleichszahlungen und eigenes Einkommen des Organs	737
9.9.1	Zivilrechtliche Zulässigkeit von Ausgleichszahlungen	737
9.9.2	Steuerrechtliche Zulässigkeit von Ausgleichszahlungen	738
9.9.3	Behandlung im Rahmen der Einkommensermittlung	741
9.10	Rücklagen – Ausgleichsposten – Einlagelösung	743
9.10.1	Auflösung und Ausschüttung vorvertraglicher offener Rücklagen ..	743
9.10.2	Auflösung vorvertraglicher stiller Reserven	744
9.10.3	Organschaftliche Mehr- und Minderabführungen	744
9.10.3.1	Überblick	744
9.10.3.2	Rechtslage bis 31.12.2021	745
9.10.3.2.1	Rechtslage ab 01.01.2022	747
9.10.3.3	Anwendungszeitraum und Übergangsregelung	748
9.10.4	Vororganschaftliche Mehr- und Minderabführungen	749
9.10.5	Berücksichtigung der Mehr- und Minderabführungen beim steuerlichen Einlagekonto i. S. des § 27 KStG	750
9.11	Anwendung besonderer Tarifvorschriften und Anrechnung von Steuerabzugsbeträgen	751
9.12	Beispiel	753
9.13	Die „verunglückte“ Organschaft	758
10	Kapitalverändernde Maßnahmen: Kapitalerhöhung – Kapitalherabsetzung . . .	760
10.1	Kapitalerhöhung	760
10.1.1	Allgemeines	760
10.1.2	Kapitalerhöhung gegen Einlage	762
10.1.2.1	Auswirkungen auf das Einkommen der Kapitalgesellschaft	762
10.1.2.2	Sonstige Auswirkungen bei der Kapitalgesellschaft	763

10.1.2.3	Auswirkungen bei den Anteilseignern	763
10.1.3	Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	764
10.1.3.1	Auswirkungen auf das Einkommen der Kapitalgesellschaft.	764
10.1.3.2	Auswirkungen bei der Kapitalgesellschaft nach § 28 KStG (Sonderausweis)	764
10.1.3.3	Auswirkungen bei den Anteilseignern	767
10.2	Kapitalherabsetzung.	768
10.2.1	Ordentliche Kapitalherabsetzung	769
10.2.2	Vereinfachte Kapitalherabsetzung	769
10.2.3	Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Anteilen	770
10.2.4	Auswirkungen der Kapitalherabsetzung bei der Kapitalgesellschaft	770
10.2.4.1	Auswirkungen auf das Einkommen der Kapitalgesellschaft.	770
10.2.4.2	Auswirkung der Kapitalherabsetzung auf den Sonderausweis nach § 28 KStG.	771
10.2.4.3	Auswirkung der Kapitalherabsetzung auf das steuerliche Einlagekonto.	772
10.2.4.4	Auswirkungen bei Nennkapitalrückzahlung nach Kapital- herabsetzung	774
10.2.4.5	Auswirkungen der Kapitalherabsetzung beim Anteilseigner	776
10.2.4.5.1	Ordentliche Kapitalherabsetzung mit Nennkapitalrückzahlung. ...	776
10.2.4.5.2	Vereinfachte Kapitalherabsetzung	779
10.2.4.5.3	Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Anteilen	779
10.2.4.5.4	Der Erwerb eigener Anteile durch die Kapitalgesellschaft	780
10.2.4.5.4.1	Die geänderte Rechtslage durch Inkrafttreten des BilMoG	780
10.2.4.5.4.2	„Verdeckte Gewinnausschüttung“-Probleme beim Erwerb und bei der Weiterveräußerung eigener Anteile	785
11	Auflösung und Abwicklung (Liquidation)	788
11.1	Grundsätzliches	788
11.2	Liquidationsbesteuerungszeitraum.	789
11.2.1	Beginn des Liquidationsbesteuerungszeitraums	789
11.2.2	Dauer des Liquidationsbesteuerungszeitraums.	790
11.3	Die Ermittlung des Abwicklungsgewinns	792
11.3.1	Abwicklungs-Anfangsvermögen	792
11.3.2	Abwicklungs-Endvermögen	793
11.3.3	Verlustabzug bei der Liquidationsbesteuerung.	794
11.3.4	Berechnungsschema für das zu versteuernde Einkommen des Liquidationszeitraums.	796
11.3.5	Maßgebender Steuertarif für den Abwicklungsgewinn	796
11.4	Liquidation und Halbeinkünfteverfahren	796

11.5	Auswirkungen der Vermögensverteilung im Rahmen der Liquidation	797
11.5.1	Nennkapitalrückzahlung	797
11.5.1.1	Verringerung des Sonderausweises i. S. des § 28 Abs. 1 Satz 3 KStG.	797
11.5.1.2	Rückzahlung des den Sonderausweis übersteigenden Betrags des Nennkapitals.	798
11.5.2	Verwendung des steuerlichen Einlagekontos gem. § 27 KStG	799
11.6	Einkünfte der Gesellschafter infolge der Liquidation.	800
11.6.1	Anteilseigner ist eine natürliche Person.	801
11.6.1.1	Beteiligung im Privatvermögen	801
11.6.1.2	Beteiligung im Betriebsvermögen	802
11.6.2	Anteilseigner ist eine Kapitalgesellschaft.	803
11.7	Zusammenfassendes Beispiel zur Liquidation.	804
12	Änderung der Unternehmensform.	811
12.1	Handelsrechtliche Grundlagen	811
12.1.1	Allgemeines	811
12.1.2	Verschmelzung	812
12.1.3	Spaltung	814
12.1.4	Formwechsel	815
12.1.5	Vermögensübertragung.	816
12.1.6	Handelsrechtlicher „Umwandlungsfahrplan“	816
12.1.7	Weitere Möglichkeiten zur Änderung der Unternehmensform	816
12.1.8	Übersicht.	817
12.2	Steuerliche Folgen der Änderung der Unternehmensform.	818
12.2.1	Überblick	818
12.2.1.1	Allgemeine Hinweise	818
12.2.1.2	Zeitliche Anwendung des UmwStG/relevante Gesetzesänderungen	819
12.2.1.3	Gesetzliche Grundlagen/Verhältnis zum UmwG	820
12.2.1.4	Gliederung/Aufbau des Umwandlungssteuer-Erlasses	821
12.2.1.5	Hinweis: Körperschaftsteuerguthaben und Körperschaftsteuer- erhöhungsbetrag	822
12.2.2	Wertansätze im Rahmen des UmwStG	822
12.2.2.1	Grundprinzip.	822
12.2.2.2	Verhältnis der steuerlichen Wertansätze zur Handelsbilanz	822
12.2.3	Steuerliche Rückwirkung von Umwandlungen und Einbringungen.	823
12.2.3.1	Grundsatz	823
12.2.3.2	Handelsrechtlicher Umwandlungstichtag/steuerlicher Übertragungstichtag	825

12.2.3.3	Keine Rückwirkung für ausscheidende Anteilseigner	825
12.2.3.4	Behandlung von Gewinnausschüttungen	827
12.2.3.5	Andere Rechtsgeschäfte im Rückwirkungszeitraum	828
12.2.3.6	Verluste im Rückwirkungszeitraum von Umwandlungen.	829
12.2.4	Umwandlung einer Kapitalgesellschaft auf eine Personengesellschaft oder eine natürliche Person (§§ 3–9, 18 UmwStG)	831
12.2.4.1	Überblick über die gesetzlichen Grundentscheidungen	831
12.2.4.2	Beispielfälle	833
12.2.4.3	Die Ausschüttungsfiktion des § 7 UmwStG	837
12.2.4.4	Ermittlung des Übernahmegewinns und Übernahmeverlustes (§ 4 Abs. 4 und 5 UmwStG).	838
12.2.4.5	Steuerliche Behandlung des Übernahmeergebnisses	839
12.2.4.6	Bilanzfortführung bei der übernehmenden Gesellschaft (§ 4 Abs. 2 UmwStG).	841
12.2.4.7	Übernahmefolgegewinn (§ 6 UmwStG)	841
12.2.4.8	Gewerbesteuerliche Auswirkungen des Übernahmeergebnisses	842
12.2.4.9	Vermögensübergang auf einen Rechtsträger ohne Betriebsvermögen (§ 8 UmwStG)	843
12.2.5	Verschmelzung von Körperschaften (§§ 11 – 13, 19 UmwStG)	843
12.2.5.1	Allgemeines	843
12.2.5.2	Besteuerung der übertragenden Kapitalgesellschaft (§ 11 UmwStG)	844
12.2.5.2.1	Grundsatz: Ansatz mit dem gemeinen Wert (§ 11 Abs. 1 UmwStG)	844
12.2.5.2.2	Wahlrecht zum Ansatz der Buch- oder Zwischenwerte (§ 11 Abs. 2 UmwStG)	845
12.2.5.3	Besteuerung der übernehmenden Kapitalgesellschaft (§ 12 UmwStG).	847
12.2.5.3.1	Buchwertverknüpfung.	847
12.2.5.3.2	Ermittlung des Übernahmegewinns/-verlustes	848
12.2.5.3.3	Hinzurechnungsbesteuerung nach § 12 Abs. 1 Satz 2 UmwStG	849
12.2.5.3.4	Eintritt in die Rechtsstellung der übertragenden Kapitalgesellschaft (§ 12 Abs. 3 UmwStG).	850
12.2.5.3.4.1	Allgemeines	850
12.2.5.3.4.2	Kein Übergang eines Verlustabzugs.	851
12.2.5.3.4.3	Schicksal eines Zinsvortrags	852
12.2.5.3.5	Das Schicksal der Umwandlungskosten	853
12.2.5.4	Besteuerung der Gesellschafter der übertragenden Körperschaft (§ 13 UmwStG).	853
12.2.5.4.1	Grundsatz: Veräußerungsfiktion zum gemeinen Wert	853
12.2.5.4.2	Wahlrecht zum Ansatz des Buchwerts bzw. der Anschaffungskosten	853
12.2.5.4.3	Folgen des Buchwertansatzes	854

12.2.5.5	Gewerbesteuerliche Auswirkungen der Verschmelzung (§ 19 UmwStG)	855
12.2.5.6	Auswirkung der Verschmelzung auf das Einlagekonto (§§ 28, 29 KStG)	856
12.2.6	Spaltung von Kapitalgesellschaften (§ 15 UmwStG)	859
12.2.6.1	Allgemeines	859
12.2.6.2	Voraussetzungen für eine steuerneutrale Spaltung (§ 15 Abs. 1 und 2 UmwStG)	860
12.2.6.2.1	Teilbetriebseigenschaft	860
12.2.6.2.2	Missbrauchstatbestand des § 15 Abs. 2 Satz 1 UmwStG	862
12.2.6.2.3	Veräußerung und Vorbereitung der Veräußerung (§ 15 Abs. 2 Sätze 2 bis 4 UmwStG)	863
12.2.6.2.4	Trennung von Gesellschafterstämmen (§ 15 Abs. 2 Satz 5 UmwStG)	866
12.2.6.2.5	Übersicht Missbrauchstatbestände (§ 15 Abs. 2 UmwStG)	866
12.2.6.3	Folgen für Verluste (§ 15 Abs. 3 UmwStG)	867
12.2.6.4	Auswirkung der Spaltung auf das Einlagekonto (§§ 28, 29 KStG) ..	868
12.2.6.5	Aufspaltung bzw. Abspaltung auf eine Personengesellschaft (§ 16 UmwStG)	868
12.2.7	Übersicht zum Vermögensübergang im Wege der Gesamtrechtsnachfolge nach dem UmwStG	869
12.2.8	Einbringungen in Kapitalgesellschaften (§§ 20 – 23 UmwStG)	870
12.2.8.1	Allgemeines	870
12.2.8.2	Die Einbringung von Unternehmensteilen (§ 20 UmwStG)	871
12.2.8.2.1	Anwendungsbereich der Regelung	871
12.2.8.2.2	Anwendungsvoraussetzungen des § 20 UmwStG	872
12.2.8.2.3	Beteiligte der Einbringung	872
12.2.8.2.4	Gegenstand der Einbringung	873
12.2.8.2.4.1	Betriebe, Teilbetriebe	873
12.2.8.2.4.2	Mitunternehmeranteile	875
12.2.8.2.5	Gegenleistung: Gewährung neuer Anteile	877
12.2.8.2.6	Zeitpunkt der Einbringung	882
12.2.8.2.7	Wertansatz des eingebrachten Vermögens	885
12.2.8.2.7.1	Grundsatz: Ansatz mit dem gemeinen Wert	885
12.2.8.2.7.2	Wahlrecht zum Ansatz des Buchwerts oder Zwischenwerts	886
12.2.8.2.8	Verhältnis zum Handelsrecht	887
12.2.8.2.9	Besonderheiten beim Formwechsel	889
12.2.8.2.10	Besteuerung des Einbringungsgewinns	889
12.2.8.3	Einbringung von Anteilen (Anteilstausch; § 21 UmwStG)	891
12.2.8.3.1	Anwendungsbereich und -voraussetzungen	891
12.2.8.3.2	Qualifizierter Anteilstausch	892

12.2.8.3.3	Keine Rückwirkung des Anteilstauschs	894
12.2.8.3.4	Folgen für den Einbringenden	894
12.2.8.4	Besteuerung des Anteilseigners	895
12.2.8.4.1	Allgemeines	895
12.2.8.4.2	Auswirkung bei Einbringung aktiver betrieblicher Einheiten	897
12.2.8.4.3	Auswirkungen auf eingebrachte Anteile.....	900
12.2.8.4.4	Ersatztatbestände für die Veräußerung (§ 22 Abs. 1 Satz 6 UmwStG)	902
12.2.8.4.5	Nachweispflicht (§ 22 Abs. 3 UmwStG).....	903
12.2.8.5	Auswirkungen bei der übernehmenden Kapitalgesellschaft (§ 23 UmwStG).....	905
12.2.8.5.1	Allgemeines	905
12.2.8.5.2	Buchwertansatz	906
12.2.8.5.3	Zwischenwertansatz	906
12.2.8.5.4	Ansatz der gemeinen Werte	908
12.2.8.6	Veräußerung von Anteilen aus Einbringungen vor dem 13.12.2006	908
12.2.9	Einbringungen in Personengesellschaften (§ 24 UmwStG)	909
12.3	Optionsmodell für Personengesellschaften (§ 1 a KStG)	911
12.3.1	Allgemeines	911
12.3.2	Anwendungsbereich	911
12.3.3	Ausübung der Option	911
12.3.4	Auswirkung der Option	912
12.3.5	Rückumwandlung („Rückoption“).	914
12.3.6	Zeitliche Anwendung	916
13	Entstehung der Körperschaftsteuer; Steuerklärungspflicht, Veranlagung, Erhebung; Zerlegung der Körperschaftsteuer	917
13.1	Entstehung der Körperschaftsteuer	917
13.2	Steuerklärungspflicht, Veranlagung und Steuererhebung.	918
13.3	Abgeltung der Körperschaftsteuer durch Steuerabzugsbeträge.....	920
13.4	Zerlegung der Körperschaftsteuer	921
	Abkürzungsverzeichnis	923
	Parographenschlüssel	927
	Stichwortverzeichnis	933